

Forschungen

Willy Buschak

Der große Umbau der europäischen Wirtschaft: Die Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit und die europäische Einigung

„Europa“ ist eine der ältesten Metaphern und Bezugspunkte in der Geschichte der Arbeiterbewegung und der mit ihr verbundenen sozialen Bewegungen. Schon der Eingangssatz des Kommunistischen Manifests führt das vor Augen: „Ein Gespenst geht um in Europa“.¹ Fast 70 Jahre später war Europa für den Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Generalcommission der Gewerkschaften, Robert Schmidt, der Orientierungsrahmen, um dem neunten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu verdeutlichen, wie weit Deutschland sozialpolitisch im Rückstand war.² Europa war ein Synonym für Moderne und Fortschritt. Nach dem Ersten Weltkrieg veränderte sich die Wahrnehmung Europas radikal. Antrieb für die Diskussion um Europa in Gewerkschaften und Sozialdemokratie war jetzt die Erfahrung des Niedergangs, des Zerfalls, der Ohnmacht gegenüber der übermächtigen Konkurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika. Das Herz der Welt schlug nicht mehr in Europa, das alte Europa war entthront.³ Zentrum und vielfach Motor der Diskussion im Deutschland der 1920er Jahre waren die „Sozialistischen Monatshefte“ mit Autoren wie Max Cohen, Ludwig Quessel und Paul Kampffmeyer. Rudolf Hilferdings „Gesellschaft“, das von Karl Zwing herausgegebene „Gewerkschafts-Archiv“ und die von Lothar Erdmann herausgegebene theoretische Zeitschrift des ADGB, „Die Arbeit“, waren weitere Foren der Diskussion. Aber

- 1 Manifest der Kommunistischen Partei. Veröffentlicht im Februar 1848, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke und Schriften. Von Mai 1846 bis März 1848. Marx/Engels Gesamtausgabe, erste Abteilung, Bd. 6. Karl Marx, Friedrich Engels: Historisch-Kritische Gesamtausgabe. Werke/Schriften/Briefe, im Auftrage des Marx-Engels-Instituts Moskau hg. von V. Adoratskij, Berlin 1932, S. 525.
- 2 Protokoll der Verhandlungen des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten zu München vom 22. bis 27. Juni 1914. Protokolle der Verhandlungen der Kongresse der Gewerkschaften Deutschlands. Bd. 5, München 1914, Berlin/Bonn 1980, S. 200; zum Europabild vor 1914 vgl. auch Peter Friedemann: Zwischen Internationalismus und Nation. Das Europabild der Vorkriegssozialdemokratie im Spiegel der Zeitschrift Die Neue Zeit (1883–1914), in: Le discours européen dans les revues allemandes (1871–1914)/Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1871–1914). Études réunies par Michel Grunewald, en collaboration avec Helga Abret et Hans-Manfred Bock/Herausgegeben von Michel Grunewald, in Zusammenarbeit mit Helga Abret und Hans-Manfred Bock, Bern 1996, S. 205–231.
- 3 Wladimir Woytinski: Tatsachen und Zahlen Europas, Wien/Leipzig/Paris 1930, S. 22.

nicht nur sie – eine Reihe von Artikeln zum Niedergang der europäischen Wirtschaft und zur Notwendigkeit der europäischen Einigung erschien ebenso in Paul Levis „Sozialistischer Politik und Wirtschaft“ und deren Nachfolger „Klassenkampf“ wie in der Gewerkschafts-*presse*, zum Beispiel der „Betriebsrätezeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie“ oder dem „Deutschen Verkehrsband“. Der Heidelberger Parteitag der SPD debattierte während seiner Verhandlungen vom 13. bis 18. September 1925 über die „Vereinigten Staaten von Europa“. In den 1920er Jahren kamen bemerkenswerte Buchpublikationen zum Thema Europa heraus, allen voran Edo Fimmens „Vereinigte Staaten Europas oder Europa AG“, aber auch Wladimir Woytinski, statistischer Mitarbeiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), wäre zu nennen. Er verfasste gleich zwei Bücher: „Die Vereinigten Staaten von Europa“ und „Tatsachen und Zahlen Europas“. Nicht zu vergessen, dass auch die Kommunisten und Anarchisten das Thema zu besetzen versuchten. Die einen mit der Parole der „Vereinigten Staaten des sozialistischen Europa“, die anderen mit ihrer Kritik am „Pan-Europa-Wahn“. ⁴ Es gab zahlreiche Europa-Amerika-Vergleiche in der *Presse*, der ADGB schickte 1925 eine große Delegation in die USA, um herauszufinden, was Nordamerika von Europa unterschied. ⁵ Europa war Thema zahlreicher Reiseberichte und als Referenz selbst dort präsent, wo es um ganz andere Kulturen ging: Karl Schrader und Franz-Josef Furtwängler, die 1926/27 im Auftrag des Deutschen Textilarbeiterverbandes Indien bereisten, definierten sich in erster Linie als Europäer, nicht als Deutsche. ⁶ Grund genug, einen ersten Blick auf die Europadiskussion in den 1920er Jahren zu werfen und einige noch offene Fragen für die Forschung aufzuwerfen. ⁷

- 4 John Pepper [d. i. Jozsef Pogány]: Die Vereinigten Staaten des Sozialistischen Europa, Hamburg 1926; Walther Borgius: Der Paneuropa-Wahn, Berlin/Hessenwinkel 1927; zu den „Sozialistischen Monatsheften“ siehe auch Peter Friedemann: „Frankophilie“ und „Europabild“, Grenzen der Wahrnehmung am Beispiel der Sozialistischen Monatshefte 1918–1933, in: Grunewald, S. 265–287, der sich vor allem mit dem Frankreichbild der Sozialistischen Monatshefte und nur am Rande mit der hier behandelten Europadiskussion befasst.
- 5 Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer, Berlin 1926. Vgl. dazu meine demnächst erscheinende Biographie Franz Josef Furtwänglers, der die Delegation als Dolmetscher begleitete.
- 6 Karl Schrader/Franz-Josef Furtwängler: Das werktätige Indien. Sein Werden und sein Kampf. Auf Grund der Indienreise der deutschen Textilarbeiter-Delegation verfasst im Auftrage des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes von Karl Schrader und Franz Josef Furtwängler, hg. vom Deutschen Textilarbeiterverband, Berlin 1928. Auf den oben angesprochenen Zusammenhang hat zuerst Philip Steinheim aufmerksam gemacht: Indische Industriearbeiter und Gewerkschaften im Blick britischer und deutscher Gewerkschafter in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre, Magisterarbeit Würzburg 2003. Auch dazu mehr in meiner Furtwängler-Biographie.
- 7 Es versteht sich von selbst, dass der Blick nur cursorisch sein kann; der Verfasser dieses Beitrags beabsichtigt aber, dem Thema in näherer Zukunft eine umfassendere Publikation widmen zu können.

Die europäischen Wirtschaftsverhältnisse drängen nach neuer Ordnung

Vor dem Krieg konzentrierten sich die Fäden der Weltwirtschaft in Europa, nach dem Krieg herrschte zollpolitisches Chaos und Zersplitterung. Europa wurde an die zweite Stelle in der Welt gedrängt. Die Dynamik Europas schien gebrochen, der Kontinent konnte mit dem Wachstum anderer Weltteile nicht mehr mithalten und geriet technologisch ins Hintertreffen. Wladimir Woytinski sprach geradezu von der „Enteuropäisierung der Weltwirtschaft“.⁸ Von der schweren Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit wurden vor allem die europäischen Staaten getroffen. Während sich die USA schon im vollen Aufschwung befanden, verharrte die europäische Wirtschaft noch in der Depression. Auf der einen Seite gab es schwungvolle und hemmungslose Prosperität, auf der anderen Seite, in Europa, Verfall und Niedergang. Die USA, so schrieb der kommunistische Autor John Pepper, bestimmten das Entwicklungstempo der übrigen Staaten.

Einige Autoren wie Kurt Mendelsohn zweifelten an, dass der Niedergang Europas mit weltwirtschaftlichen Gleichgewichtsstörungen zu tun habe. Das europäische Problem sei hausgemacht. Wie dem auch sei, die Einigung Europas drängte sich allen als einzige Möglichkeit auf, sich gegenüber den USA zu behaupten und nationale und regionale Besonderheiten zu bewahren – stand doch einem großen, einheitlichen Markt in den USA eine zersplitterte, durch vielerlei Zollgrenzen zergliederte europäische Wirtschaftslandschaft gegenüber. „Die europäischen Wirtschaftsverhältnisse drängen fast gewaltsam nach neuer, höherer Ordnung“, schrieb Wilhelm Eggert, Vorstandsmitglied des ADGB.⁹ Für sich genommen war die Wirtschaftsweise der europäischen Staaten nicht mehr rationell. Nur durch die Einigung Europas könne jeder einzelne der europäischen Staaten sich auf das konzentrieren, worin er wirtschaftlich leistungsfähig sei, nur zusammen könnten sich die Staaten Europas noch in der Welt behaupten.¹⁰ Manche gingen sogar so weit, Parallelen zur deutschen Reichsgründung zu ziehen. Europa müsse ein Wirtschaftsgebiet werden, wenn die europäische Wirtschaft überleben wolle, genauso wie die deutsche Industrie des 19. Jahrhunderts benötige die europäische Industrie des 20. Jahrhunderts ein großes, einheitliches Absatzgebiet.¹¹ Die Armut der alten Welt, glaubte Wladimir Woytinski, war vor allem darauf zurück-

8 Wladimir Woytinski: Die Vereinigten Staaten von Europa, Berlin 1926, S. 88. Vgl. auch ebd., S. 85, 89, 91, 100; Max Engelmann: Drei Auffassungen über das Problem der Vereinigung Europas, in: Gewerkschaftsarchiv 6 (1932), S. 283; Hermann Levy: Enteuropäisierung der Weltwirtschaft, in: Zeitschrift für Geopolitik 8 (1925); Karl Mauer: Europas Weltwirtschaft im Niedergang, in: Gewerkschafts-Archiv 1925, S. 27–30; Fritz Naphtali: Die Einigung Europas, in: Die Neue Gesellschaft 2 (1926), S. 335.

9 Wilhelm Eggert: Gewerkschaftsprobleme zur europäischen Zollunion, in: Europäische Zollunion. Beiträge zu Problem und Lösung, hg. von Hanns Heiman, Berlin 1926, S. 97.

10 Max Cohen: Locarno und Kontinentaleuropa, in: Sozialistische Monatshefte 31 (1925), S. 731–736; Ludwig Quessel: Kontinentaleuropa im Parteiprogramm, in: ebd., S. 538–540; I. A. Hobson: Der wirtschaftliche Zusammenschluss Europas, in: Die Gesellschaft, 2 (1926), S. 322–333; Judith Grünfeld: Das amerikanische Finanzkapital und die europäische Wirtschaft, in: Die Arbeit 1 (1924), S. 351–358; Kurt Mendelsohn: Die Reaktivierung der europäischen Wirtschaft, in: Die Gesellschaft 2 (1928), S. 106–120; Wilhelm Grotkopp: Zollabbau durch organisierte europäische Wirtschaft, in: Die Arbeit 1 (1930), S. 32–37; Pepper: Die Vereinigten Staaten, S. 17, 40.

11 Illo: Deutschland und Europa, in: Das Freie Wort 4 (1931), S. 3; Kurt Mendelsohn: Die Reaktivierung der europäischen Wirtschaft, in: Die Gesellschaft 2 (1928), S. 106–120.

zuführen, „dass ihre ungeheuren Naturschätze und produktiven Kräfte nicht in vollem Maße ausgenutzt werden“.¹² Was Woytinski am europäischen Einigungsprojekt in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem interessierte, war die Möglichkeit billiger Massenproduktion und der Standardisierung.

Außerhalb Deutschlands dachten Gewerkschafter genauso. In der von der belgischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskommission Belgiens gemeinsam herausgegebenen angesehenen Schriftenreihe „L'Eglantine“ erschien 1929 eine Broschüre mit dem programmatischen Titel „Soyons européens“, in dem Z. Kochetkova schrieb, Europa sei auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig, der wirtschaftliche Zusammenschluss sein einziges Heil.¹³

Von einer anderen Warte aus argumentierte der Niederländer Edo Fimmen, Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiterföderation und mit ihm alle anderen, die vor allem die Konzentration des Kapitals und die Herausbildung internationaler Konzerne im Auge hatten. Er erklärte, der Kapitalismus beginne seinen nationalen Charakter abzustreifen, der Begriff des „nationalen Kapitals“ und der „nationalen Industrie“ immer mehr an Bedeutung zu verlieren. Die internationale Verbindung des Kapitals werde intensiver denn je, die Unternehmen nützten ihre Vernetzung, um Löhne und Arbeitsbedingungen nach unten zu drücken. Die Internationalität der Unternehmen heble jedes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter aus. Sie umgäbe die Unternehmen mit einer Tarnkappe, entzöge ihre Handlungen zugleich der Sichtbarkeit der Allgemeinheit und jeder gesetzlichen Einwirkung. Europäische und internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften war für Fimmen die einzige Möglichkeit, dem „sozialen Dumping“, wie man heute sagen würde, einen Riegel vorzuschieben.¹⁴

Schließlich war die Einordnung in einen gesamteuropäischen Zusammenhang für viele Sozialdemokraten die einzige Perspektive, Deutschland von nationalistischer Enge zu befreien. Hermann Wendel hat dies in einer am 12. Juni 1921 im Frankfurter Schumanntheater gehaltenen Rede treffend zum Ausdruck gebracht: „Ich glaube an den deutschen Gedanken in der Welt, aber nur dann, wenn die Welt im deutschen Gedanken ist. Das will sagen: wenn wir uns frei machen von nationalistischer Enge und Eigensucht und uns als ein dienendes und verpflichtetes Glied der Menschheit betrachten (...) Europa ist durch Deutschland gefallen, durch Deutschland muss es wieder emporsteigen!“¹⁵

12 Woytinski: *Tatsachen und Zahlen*, S. 183.

13 Z. Kochetkova: *Soyons européens*, Bruxelles 1929. *L'Eglantine* Dec. 1929; vgl. auch C. de Dood: *Le plan Briand et le mouvement ouvrier international*, Bruxelles 1931.

14 Edo Fimmen: *Vereinigte Staaten Europas oder Europa AG. Ein internationaler Ausblick*, Jena o. J. [1925], S. 8, 76 f.; vgl. auch *Internationale Schokoladenindustrie*, in: *Mitteilungsblatt der Internationalen Union der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie* 3 (1929), S. 17; *Die deutsche Kakao- und Schokoladenindustrie. Darstellungen und Untersuchungen einzelner Zweige der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie*, hg. vom Vorstand des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands, Berlin 1931, insbesondere S. 52.

15 Hermann Wendel: *Neues Deutschland. Neues Europa*. Rede, gehalten am 12. Juni 1921 im Schumanntheater in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main o. J. [1921], S. 15, in: Hermann Wendel. *Reden*. Ein Reprint aus der Union-Druckerei, Frankfurt am Main 1991.

Die Gründe, die für den wirtschaftlichen Niedergang Europas und den Aufstieg der USA genannt wurden, erinnern auf frappierende Weise an die Diskussion in der Europäischen Gemeinschaft Ende der 1980er Jahre, als Kurs auf den einheitlichen Binnenmarkt genommen wurde, sowie an die Diskussion Ende der 1990er Jahre, kurz vor der Verabschiedung der Lissabonner Strategie, mit der das heutige Europa zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts gemacht werden soll. Amerika, analysierte I.A. Hobson in der „Neuen Gesellschaft“, zeige eine viel größere Mobilität, auch des „Durchschnittsmannes“, der Fortschritt Europas hänge von einer Verbesserung seiner Beweglichkeit ab.¹⁶ Amerika fände leichter Zugang zu ausländischen Märkten, wäre selbst ein großer einheitlicher Binnenmarkt und könnte dadurch in sehr viel großzügigerem Maßstabe produzieren. Europa müsste die Produktionskosten senken, die eigene Wirtschaft rational organisieren, was über die Kräfte eines einzelnen Nationalstaates hinausginge.

Wer gehört zu Europa und wer nicht?

Was verstand man unter Europa? Wer sollte zu einem Vereinigten Europa gehören? Die Frage war äußerst umstritten und die Antworten blieben vielfach vage. Die meisten sprachen sich für ein kontinental geprägtes Vereinigtes Europa ohne Großbritannien aus. Großbritannien war selbst noch ein Weltreich. Ludwig Quessel und Max Cohen argumentierten in den „Sozialistischen Monatsheften“ ebenso wie Fritz Naphtali in der „Neuen Gesellschaft“, dass das Vereinigte Königreich ein Staatenbund oder ein Imperium für sich sei. Unter den Völkern des europäischen Kontinents müsse volle Solidarität der Interessen herrschen, ein Beitritt Englands zum Vereinigten Europa komme erst nach der Auflösung des Empire in Frage.¹⁷ Fritz Naphtali erkannte, schon sehr prophetisch, im deutsch-französischen Interesse das Kernstück des geeinten Europas, und Ludwig Quessel – offensichtlich nicht minder mit Weitblick ausgestattet – sprach von den 26 Staaten des Vereinigten Europas, die sich um den Kern Deutschland, Frankreich und Belgien gruppieren würden.¹⁸ Wilhelm Grotkopp sah die ausgesprochenen Industriestaaten Europas und Agrarstaaten wie Dänemark als natürliche Mitglieder eines europäischen Einigungsprojektes, hielt die Beteiligung Englands und der Mittelmeerrainer Italien, Portugal und Spanien dagegen für wenig wahrscheinlich.¹⁹

- 16 I.A.Hobson: Der wirtschaftliche Zusammenschluss Europas, in: Neue Gesellschaft, 2 (1926), S. 325; genauso Franz Josef Furtwängler im Amerikabericht der Delegation des ADGB (Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer, S. 101, 122.
- 17 Ludwig Quessel: Großbritannien und das europäische Festland, in: Sozialistische Monatshefte 27 (1921), S. 654; Max Cohen: Östliche und koloniale Orientierung, in: ebd. 32 (1926), S. 809; ders.: Wege nach Kontinentaleuropa, in: ebd. 35 (1929), S. 479; Fritz Naphtali: Einigung Europas, in: Die Gesellschaft. 2 (1926), S. 342.
- 18 Ludwig Quessel: Ein Blick in die Zukunft, in: Sozialistische Monatshefte 32 (1926), S. 6–11; Naphtali: Einigung Europas, S. 341 f.
- 19 Wilhelm Grotkopp: Zollabbau durch organisierte europäische Wirtschaft, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 35 f.

Der Kreis um die „Sozialistischen Monatshefte“ sah zwar in Frankreich und Deutschland die Keimzelle einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hatte aber trotzdem einen ungewein weitgehenden Begriff von Europa: „Vorderasien und ganz Nordafrika sind kulturell und ökonomisch Gebiete europäischen Einflusses, weil von dort Europa seine Religion und seine ersten Kulturelemente erhielt. Koloniasatorisch gehören zu Europa Nord- und Zentralasien, Mittelafrrika, Süd- und Mittelamerika. Alle diese Gebiete, deren Völker der Abstammung nach entweder kontinentaleuropäisch sind oder sich gern einem europäischen Kontinentalbund anschließen würden, sind der Beherrschung durch das Angelsachsentum verfallen, wenn die Europäer es nicht verstehen, dem angelsächsischen Staatenbund eine Europäische Union entgegenzustellen.“²⁰

Der ADGB hingegen wollte ein Vereinigtes Europa mit dem Vereinigten Königreich, Wladimir Woytinski sogar mit Russland: das Vereinigte Königreich war die Brücke Europas nach Westen, Russland die Brücke nach Osten. Als Land des hoch entwickelten Kapitalismus, aber auch einer mächtigen Arbeiterbewegung war Großbritannien vom Standpunkt der Arbeiterbewegung unverzichtbar. Mit den russischen Getreide- und Erdöllieferungen werde Europa sich aus der Abhängigkeit von den USA befreien. Ohne England und Russland, argumentierten Woytinski und Engelmann, gebe es weder wirtschaftlichen noch politischen Frieden.²¹ Das bolschewistische Regime in Russland verursachte nicht die geringsten Kopfschmerzen, Russland entwickle sich ohnehin in Richtung Staatskapitalismus.

Der große Umbau der europäischen Wirtschaft

Der Ausweg aus der Krise war für alle, die sich zur europäischen Einigung äußerten, nur durch radikale Schritte möglich: die rationelle Organisation der Wirtschaft, Senkung der Produktionskosten und Höherentwicklung der Produktionsbedingungen (darunter verstand man auch die Steigerung der Arbeitsqualität und insbesondere die Verbesserung der Berufsausbildung) durch Standardisierung und Typisierung der Produktion nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten. Die Aufgabe ging über die technischen und organisatorischen Möglichkeiten des einzelnen Unternehmens und des Nationalstaates hinaus, sie war nur durch europaweite Kooperation zu lösen. Auf der Tagesordnung stand für Wladimir Woytinski „zunächst eine weitgehende horizontale und vertikale Vertrustung der Industrie – ohne sie ist eine Rationalisierung der Produktion unmöglich.“²² Der große Umbau der euro-

20 Quessel: Großbritannien und das europäische Festland, S. 654.

21 23.7.1926: Schreiben des ADGB-Bundesvorstandes an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, über den möglichen Beitritt zur „Paneuropäischen Union“, in: Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924–1930. Halbband I, bearbeitet von Horst-A. Kukuck und Dieter Schiffmann. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, begründet von Erich Matthias, hg. von Hermann Weber/Klaus Schönhoven/Klaus Tenfelde, Bd. 3/I, Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924–1930, Köln 1986, S. 722 f.; Woytinski: Tatsachen und Zahlen Europas, S. 17; ders.: Die Vereinigten Staaten von Europa. Berlin 1926, S. 163 f.; Engelmann: Drei Auffassungen, S. 286.

22 Woytinski: Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 108.

päischen Industrie war gleichzeitig eine Chance, den Einfluss der Arbeiterschaft und der Öffentlichkeit auf die Unternehmen zu erhöhen. Die Gemeinden sollten an allen Trusts von örtlichem Charakter, der Staat an allen Trusts, die sich über das Staatsgebiet erstreckten, beteiligt werden – und alle interessierten Länder zusammen an internationalen Trusts und Kartellen.

Woytinskis Umstrukturierungsprogramm zur Rettung der europäischen Wirtschaft begann mit einem dramatischen Paukenschlag, mit Massenentlassungen, Stilllegungen ganzer Unternehmen und dramatischer Steigerung der Arbeitslosigkeit, denn die Umstellung der Industrie, die Entscheidung, welche Produktionsstandorte in Zukunft gewählt werden würden, „muss die Einschränkung oder gänzliche Stilllegung nicht lebensfähiger Betriebe und gleichzeitige Erweiterung und Förderung anderer Unternehmungen zur Folge haben. Sie bedeutet folglich eine Wanderung der Arbeitskräfte von Betrieb zu Betrieb, bisweilen auch den erzwungenen Wechsel des Aufenthaltsortes für große Massen von Arbeitern, auf jeden Fall starke Erwerbslosigkeit in bestimmten Berufsgruppen. Letzteres ist unvermeidlich. Eine Umstellung der Industrie ohne Stilllegung von Betrieben und Werken, ohne Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten ist unmöglich.“²³ Ein wirkliches Rezept, wie in einer solchen Situation zu verfahren war, hatte Woytinski nicht anzubieten, sieht man von der so allgemein wie nichtssagend klingenden Formel ab, „dass die Arbeiterparteien einem Versuch, den notwendigen strukturellen Umbau auf Kosten von Not und Elend der ganz und gar schuldlosen Belegschaften der stillzulegenden Betriebe vorzunehmen, einen hartnäckigen Widerstand entgegensetzen werden“ und der Staat die Pflicht habe, sich um die Arbeitslosen zu kümmern.²⁴

P. Haupt ging im „Gewerkschaftsarchiv“ 1931 so weit, von der „Verpflanzung der Arbeiterschaft“ zu reden, da es unmöglich sein werde, die „Unmenge künstlich aufgepeppelter Fabriken“ gerade in den kleineren Staaten zu halten.²⁵ Woytinskis Thesen wurden im Übrigen vom ADGB rückhaltlos geteilt. Wenn sich Wilhelm Eggert, Mitglied des ADGB-Bundesvorstandes, zur europäischen Einigung äußerte, klang das nicht anders. Der einheitliche Binnenmarkt würde schließlich, so glaubte man im ADGB, zu höheren Löhnen, Steigerung der Kaufkraft der Bevölkerung und zur kontinuierlichen Anhebung des Lebensstandards der Volksmassen führen, zu den drastischen Umstrukturierungen gab es keine Alternative.²⁶

Angestrebt wurde die Bildung eines „einheitlichen großen Wirtschaftsorganismus“, einer kontinentaleuropäischen oder darüber hinaus reichenden europäischen Arbeitsgemeinschaft, einer „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“. Da 80 Prozent der europäischen Wirtschaft ohnehin auf „Kontinentalwirtschaft“ – auf dem innereuropäischen Handelsaus-

23 Woytinski: Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 109; ebenso Wilhelm Grotkopp: Zollabbau durch organisierte europäische Wirtschaft, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 32–37, Fabrikation der Waren müsse dort erfolgen, „wo der natürliche Standort ist“, was hieß, von wo aus man sie am billigsten produzieren könne (S. 33); vgl. auch Eggert (Gewerkschaftsprobleme, S. 99) die Umgruppierung der Wirtschaft erfordere in der Übergangsphase zunächst erhebliche Opfer.

24 Woytinski: Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 109.

25 P. Haupt: Europäische Wirtschaftsunion und Sozialpolitik, in: Gewerkschaftsarchiv 4 (1931), S. 190.

26 Woytinski: Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 113, 116.

tausch – beruhte, schien die kommende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf einem sehr sicheren Fundament zu stehen.²⁷ Man sah das europäische Einigungsprojekt im Kreis um die „Sozialistischen Monatshefte“ und im ADGB als eine Art Tauschgemeinschaft zwischen den mittel- und westeuropäischen Industrieländern und den ost- und südeuropäischen Agrarländern. Die Industrieländer würden darauf verzichten, agrarische Spezialkulturen künstlich am Leben zu erhalten, und die agrarischen Überschussländer darauf, Industriezweige zu entwickeln, für die ihnen die natürlichen Voraussetzungen fehlten.²⁸ Wladimir Woytinski dachte an ein System von internationalen Vereinbarungen, die die agrarischen und industriellen Schutzzölle zwischen den einzelnen Staaten abschafften und sie durch „eine doppelseitige Regelung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte in dem einen Lande und der industriellen Erzeugnisse in dem anderen ersetzen“.²⁹

Auf dem Weg zur europäischen Kooperation

Über den ersten Schritt zur Realisierung eines europäischen Zusammenschlusses herrschte weitgehend Konsens: die Niederlegung der Zollschranken, die Errichtung der Europäischen Zollunion. Die Europäische Zollunion wiederum, glaubten die Gewerkschaften, werde nicht dadurch entstehen, „dass die Vertreter der sämtlichen beteiligten Länder am Konferenztisch den Beschluss fassen, die zwischen ihnen aufgerichteten Zollschranken schnell zu beseitigen (...) vielmehr in der unermüdlichen Kleinarbeit der Handelsvertragsverhandlungen mit dem Ziel zum Abbau der Zollmauern“.³⁰ Die Freizügigkeit von Kapital und Arbeit, die Vereinheitlichung des Geldwesens, aber auch die Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung, des bürgerlichen Rechts (heute würde man wahrscheinlich sagen: der Unternehmensgesetzgebung) und der Wirtschaftspolitik waren notwendige Schritte auf dem Wege zur europäischen Einheit. Das europäische Einigungsprojekt insgesamt würde – so schwebte es Fritz Naphtali vor – als eine Art überstaatliches Organ in den Völkerbund eingegliedert.³¹

Wie sollte dieses Organ aussehen, und wie sollte es realisiert werden? Für die „Sozialistischen Monatshefte“ war „Kontinentaleuropa“ oder die „Europäische Union“ eine „übernationale Staateneinheit“, die einer „zwischenstaatlichen Verfassung“ bedurfte.³² Am Anfang stand für Max Cohen-Reuss die deutsch-französische Zusammenarbeit. Sie war der erste

27 Ludwig Quessel: Die kontinentaleuropäische Arbeitsgemeinschaft, in: Sozialistische Monatshefte 25 (1919), S. 874; ders.: Großbritannien und das europäische Festland, S. 652; Woytinski: Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 105.

28 Eggert: Gewerkschaftsprobleme, S. 102.

29 Woytinski: Tatsachen und Zahlen, S. 192.

30 Eggert: Gewerkschaftsprobleme, S. 100.

31 Eggert: Gewerkschaftsprobleme, S. 99; Fritz Naphtali: Die Einigung Europas, in: Neue Gesellschaft 2 (1926), S. 334–343.

32 Ludwig Quessel: Das europäische System, in: Sozialistische Monatshefte 30 (1924), S. 539, 543. Die Begrifflichkeiten schillern enorm: von Europäischer Union über Vereinigte Staaten Europas, Europäischer Zollunion, Kontinentaleuropa, Europäischer Staatenbund bis hin zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Paneuropa war so ziemlich alles in Gebrauch, was man sich vorstellen kann. Ich verzichte hier darauf, die Terminologie näher zu untersuchen.

Schritt zur kontinentaleuropäischen Einigung, oder, wie Naphtali es ausdrückte, das Kernstück des geeinten Europas. Auf wirtschaftlichem Gebiet begann alles mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Eisen- und Stahlindustrie, mit einer „wirtschaftlichen Vereinigung (...), die den gegenseitigen Austausch von Kohle und Stahl vorsieht, die die französischen Erz- und die deutschen Kohlebecken als ein wirtschaftliches Ganzes ansieht“. Aus ihr würden sich übergeordnete Organe entwickeln, die den ungezügeltten Kapitalismus eindämmten. Mit ihr würde die wirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen den europäischen Nationen anfangen, in deren weiteren Verlauf die Zollschranken schrittweise abgebaut und Absprachen zu einer rationellen Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Staaten getroffen, d. h. jedem Land die Produktionsgebiete zugewiesen, auf denen es wirklich so leistungsfähig war, dass es auf dem Weltmarkt bestehen konnte.³³

Im Kreis der Autoren der „Sozialistischen Monatshefte“ war Ludwig Quessel der einzige, der von einer französisch-belgisch-deutschen Zusammenarbeit im Bereich von Kohle und Stahl sprach und damit zumindest andeutete, dass er über den Tellerrand der großen Nationen hinaussah. Belgien wurde in den kommenden europapolitischen Plänen der „Sozialistischen Monatshefte“ stärker berücksichtigt, die bedeutende luxemburgische Stahlindustrie aber oft vergessen.³⁴

In den „Sozialistischen Monatsheften“ vom Juni 1927 wurde Max Cohen noch genauer. Er schlug die Bildung einer internationalen Arbeitsgemeinschaft als Vorstufe für ein geeintes Europa und zur Vorbereitung der Zollunion vor. Der deutsch-französisch-belgische Eisenpakt und das deutsch-französische Kalisyndikat würden den Weg frei machen: „Durch die mit der Kartellierung beginnende immer enger werdende Kooperation kommt man vielmehr von selber zu einer rationellen Arbeitsteilung auf dem Kontinent, die interkontinentale Zölle überflüssig macht.“³⁵ Auch die Verständigung der deutschen und französischen Chemieindustrie müsste möglich sein. Als sehr bedenklich sah Cohen hingegen die Verflechtung der deutschen und amerikanischen Automobilwirtschaft und der Filmindustrie an; sie stand der engeren Verflechtung in Europa im Wege.³⁶ Kontinentaleuropa erscheint in der Vorstellung der „Sozialistischen Monatshefte“ oft als ein in sich abgeschlossener, monolithischer Block. Die Weltwirtschaft der Zukunft wurde als Terrain gesehen, in dem große Handelsblöcke miteinander um Einfluss rangen.

Wie würde die hier angesprochene künftige Europäische Union funktionieren, wie ihr innerer Aufbau aussehen? Paul Kampffmeyer schlug regelmäßige interparlamentarische Konferenzen und abgestimmtes Vorgehen in den Parlamenten aller Mitgliedstaaten der Union vor. Max Cohen dachte an die Schaffung „übergeordneter Organe“. Für Ludwig Quessel musste die Union sich eine „zwischenstaatliche Verfassung“ geben und zu einer

33 Max Cohen: Der Weg der Außenpolitik für das neue Deutschland, in: Sozialistische Monatshefte 25 (1919), S. 84; ders.: Locarno und Kontinentaleuropa, in: Sozialistische Monatshefte 31 (1925), S. 731–736; Naphtali: Einigung Europas, S. 342.

34 Ludwig Quessel: Ein Blick in die Zukunft, in: Sozialistische Monatshefte 32 (1926), S. 6–11.

35 Max Cohen: Der Europaweg der Wirtschaft. Auch ein Nachwort zur Genfer Weltwirtschaftskonferenz, in: Sozialistische Monatshefte 33 (1927), S. 431.

36 Max Cohen: Wege nach Kontinentaleuropa, in: Sozialistische Monatshefte 35 (1929), S. 478–482.

„übernationalen Staateneinheit“ werden.³⁷ Wladimir Woytinski – ähnlich auch Engelmann und Fritz Naphthali – schwebte ein ständiges „Exekutivorgan der Europäischen Zollunion“ vor, das für internationale Handelsbeziehungen und eine gemeinsame europäische Zollpolitik, für die Vereinheitlichung der Außenhandelspolitik und die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen Europas als Ganzes zuständig sein sollte. Der Frage nach der Zusammensetzung des Exekutivorgans wich er bewusst aus, darüber könne getrost später entschieden werden. Für die damalige Zeit war die Vorstellung einer europäischen Regierung („Exekutivorgan“), die für die wirtschaftlichen Interessen der Union als Ganzes zuständig sein sollte, von unerhörter Kühnheit, auch wenn es auffällt, dass Sozialpolitik nicht zu den Kompetenzen des Exekutivorgans gerechnet wird. Über die Notwendigkeit einer europäischen Wirtschaftsregierung wurde ja noch in den 1990er Jahren, siebenzig Jahre nach Erscheinen von Woytinskis Buch, heftig gestritten.³⁸

Mit Russland und den europäischen Kolonien sei Europa den USA unendlich überlegen, beruhigte sich I. A. Hobson. Für Wladimir Woytinski war die europäische Wirtschaft ohne koloniale Basis undenkbar, auch wenn er betonte, die gegenwärtigen Beziehungen verlangten nach einer gründlichen Revision, die Kolonien müssten zu solchen der ganzen Union werden. Fünf Jahre nach Erscheinen der „Vereinigten Staaten von Europa“ war er schon wesentlich skeptischer: die Loslösung der Kolonien vom Mutterland sei ein unumkehrbarer Prozess, das Schwergewicht des europäischen Systems müsse sich nach innen kehren und früher oder später werde Europa aus den Kolonien ohnehin nur noch erhalten, was es durch den Absatz seiner Fertigprodukte bezahlen könne. Kontinentaleuropa würde relativ autark sein, glaubte Max Cohen – durch Afrika als Rohstoffreservoir. Allerdings betonte er, Afrika solle nicht mehr als koloniales Ausbeutungsobjekt alter Art behandelt werden, sondern als „erweitertes Wirtschaftsgebiet“ und sah Verträge zur Erleichterung des gegenseitigen Warenaustausches vor.³⁹ Arnold Kalisch spottete in den Spalten der „Friedens-Warte“ zu Recht, dass manche Pläne zur europäischen Einigung auf eine Verewigung der Kolonialherrschaft hinausliefen.⁴⁰

37 Paul Kampffmeyer: Deutsche und europäische Konföderation, in: Sozialistische Monatshefte 32 (1926), S. 444 f.; Quessel: Das europäische System, S. 539, 543, Cohen: Locarno, S. 734.

38 Woytinski: Die Vereinigten Staaten, S. 150 f.; vgl. auch Jacques de Kad: De socialistische Vereenigde Staten van Europa, in: De Socialist 6 (1930). Der niederländische Linksozialist sprach sich ebenfalls für eine gemeinschaftliche, über den Nationalstaaten stehende europäische Regierung aus.

39 Cohen: Locarno, S. 734; ders.: Europaweg der Wirtschaft, S. 433; I. A. Hobson: Der wirtschaftliche Zusammenschluss Europas, in: Die Gesellschaft 2 (1926), S. 324; Woytinski: Die Vereinigten Staaten Europas, S. 157; ders.: Tatsachen und Zahlen Europas, S. 167 ff. Ähnlich Engelmann: Drei Auffassungen, S. 286.

40 Arnold Kalisch: Paneuropa, eine Problemstellung, in: Die Friedens-Warte. Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation, Juli 1925, S. 205 ff.

Angleichung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Europa

Für die Arbeiterklasse in allen Ländern Europas, glaubte Fritz Naphtali, gab es kaum eine wichtigere Aufgabe als die Vereinigten Staaten Europas. Was bedeutete die Europäische Einigung für die Arbeiterschaft? Woytinski gab eine einfache Antwort: hohe Löhne, Steigerung der Kaufkraft, kontinuierliche Steigerung des Lebensstandards, ununterbrochenes Wachstum der Reallöhne. All das sei nur vor dem Hintergrund einer „allgemein-europäischen Anpassung“ an die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse möglich. Nur durch die wirtschaftliche Einigung Europas sei es möglich, der widersinnigen Strategie zu entkommen, die die Produktion allein durch Druck auf den Lohn und die Beseitigung sozialpolitischer Gesetze verbilligen wollte. Aus der Möglichkeit werde aber nicht automatisch Wirklichkeit. Paneuropa müsse nicht unbedingt von sozialen Gesichtspunkten geprägt werden, die Angleichung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse könne ebenso gut nach unten erfolgen.⁴¹ Entscheidend war, „dass nur frühzeitig und klug geführter Kampf [gewerkschaftlicher Kampf, W. B.] imstande ist, der Bildung einer europäischen Wirtschaftsunion eine soziale Prägung zu geben“.⁴² Die Lösung des europäischen Problems, schrieb Engelmann, werde „stark von der Kraftentfaltung des Proletariats abhängig sein“, er dachte dabei aber eher an die Auseinandersetzung mit dem Faschismus.⁴³

Wirtschafts- und Sozialpolitik, schrieb Paul Kampffmeyer, „stellen sich nicht als zwei innerlich voneinander getrennte Gebiete dar“, der „kontinentale europäische Zollverein gewährt der Sozialpolitik erst die nötige Entwicklungsmöglichkeit“.⁴⁴ Genauso schrieb Woytinski: „Die Vereinheitlichung der sozialen Gesetzgebung Europas, die Überwindung des Tiefstandes der Löhne in den rückständigen Staaten, die Ausrottung des sozialen Dumpings sind Voraussetzungen nicht nur des sozialen, sondern auch des wirtschaftlichen Aufstiegs unseres Kontinents.“⁴⁵ Woytinski scheint eine Vereinheitlichung der europäischen Sozialpolitik vor allem über die konsequente Umsetzung der im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation geschlossenen Abkommen vorgeschwebt zu haben, während selbst Albert Thomas, Direktor der Internationalen Arbeitsorganisation, in seinem Memorandum an den Studienausschuss des Völkerbundes für die Europäische Union einheitliche Arbeitsbedingungen im Kohlebergbau und in der Binnenschifffahrt sowie eine einheitliche Arbeitszeit für alle Beschäftigten des Einigungsprojekts vorschlug. Auch der ADGB sprach sich eindeutig für eine einheitliche Begrenzung der Arbeitszeit aus sowie für ein europaweites Koalitions- und Streikrecht. Weitere Vorschläge Woytinskis waren eine einheitliche Währung, eine internationale Arbeitslosenversicherung, eine Vereinheitlichung der bürgerlichen Gesetzgebung (damit meinte er vor allem die Unternehmensgesetzgebung und hier wieder insbesondere die Gesetzgebung zu Trusts und Kartellen), eine gemeinsame europäische

41 Woytinski: Die Vereinigten Staaten Europas, S. 124; Naphtali: Einigung Europas, S. 335 f.; P. Haupt: Europäische Wirtschaftsunion und Sozialpolitik, in: Gewerkschaftsarchiv 4 (1931), S. 187–192.

42 Haupt: Europäische Wirtschaftsunion, S. 192.

43 Engelmann: Drei Auffassungen, S. 289.

44 Paul Kampffmeyer: Zu einer europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Sozialistische Monatshefte 32 (1926), S. 17–19.

45 Woytinski: Tatsachen und Zahlen, S. 205.

Wirtschaftspolitik, gemeinsame Maßnahmen zur Förderung der Kaufkraft und der Produktivität.⁴⁶ Die Vereinheitlichung von Arbeitsrecht und Sozialpolitik unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union war schon deswegen nötig, so Wilhelm Eggert vom ADGB, um überall einheitliche Konkurrenzbedingungen herzustellen.⁴⁷

Welche Rolle hatte die Europäische Union in der Welt? Die europäische Einigung sei nicht nach außen, gegen andere Staaten gerichtet, sondern diene allein der Überwindung innerer Schwächen, beteuerte Woytinski.⁴⁸ Bei Ludwig Quessel klang das schon anders, Europa wurde ausdrücklich aufgefordert, „dem angelsächsischen Staatenbund eine Europäische Union entgegenzustellen“, mit der impliziten Aufforderung, Gebieten wie Nord- und Zentralasien, Mittelfrika, Süd- und Mittelamerika, die „der Beherrschung durch das Angelsächsentum verfallen“ waren, den Anschluss an einen europäischen Kontinentalbund zu ermöglichen.⁴⁹

Edo Fimmens Vorschläge zur Europäisierung der Gewerkschaften

Von einer ganz anderen Warte aus näherte sich der Niederländer Edo Fimmen, Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiterföderation, der europäischen Einigung. All die in den „Sozialistischen Monatsheften“ und anderen Orts angeschnittenen Themen, wie etwa der Abbau der Zölle und europäische Parlamentarierkonferenzen, interessierten ihn nur am Rande. Einzig beim Stichwort „Kartelle“ wird er aufgehört haben. Die Herausbildung internationaler Kartelle und Trusts war sein Thema. Für ihn hatte der Kapitalismus längst seinen nationalen Charakter verloren. Die Begriffe „nationales Kapital“ und „nationale Industrie“ lösten sich immer mehr auf. Der schöne Traum der Vereinigten Staaten Europas, argwöhnte er, könne eines Tages in der Form einer Europa AG seine Verwirklichung finden. Während man in den „Sozialistischen Monatsheften“ darüber debattierte, wie durch Herausbildung internationaler Kartelle die Einigung des europäischen Kontinents vorangetrieben werden könne, hielt Fimmen dagegen, dass die Unternehmen schon längst international seien. Dem international verbundenen Unternehmertum stünden national und international stark zersplitterte Gewerkschaften gegenüber. Die Arbeiter hätten ihre internationalen Organisationen, hielten ihre Kongresse ab, auf denen sehr viele und sehr schöne Resolutionen gefasst würden, ansonsten aber würde der Kampf national geführt. Dabei sei die alte Taktik der Gewerkschaften, das selbstständige Vorgehen in einem Land, in vielen Fällen die reinste Kraftverschwendung. Internationale Koordinierung der Lohn- und Arbeitskämpfe sei das Gebot der Stunde. Das bedeute, „dass in letzter Instanz nicht länger der Deutsche Metallarbeiterverband oder der französische Bergarbeiterverband die Organisationen sind, die über Ausbruch oder Nichtausbruch eines Kampfes und über die Weise, wie dieser zu

46 Woytinski: Die Vereinigten Staaten von Europa, S. 170 ff.; P. Haupt: Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Gewerkschafts-Archiv 4 (1931), S. 187–192.

47 Eggert: Gewerkschaftsprobleme, S. 104 f.

48 Woytinski: Tatsachen und Zahlen, S. 12 f.

49 Ludwig Quessel: Großbritannien und das europäische Festland, in: Sozialistische Monatshefte 27 (1921), S. 654.

führen ist, zu entscheiden haben, sondern die höhere Instanz, der beide unterworfen sind: die Internationale der Metallarbeiter oder die Internationale der Bergarbeiter.“⁵⁰

Schärfer als andere sah Fimmen, wie weit die Internationalisierung des Kapitals in der Zwischenkriegszeit schon vorgeschritten war: Die Bildung von grenzüberschreitenden Kartellen und Trusts brauchte keinen Anstoß von außen mehr, sie war längst in vollem Gange. Fimmen interessierte einzig und allein der Aufbau einer „stärksten und straffsten internationalen Organisation“ der Arbeiterschaft⁵¹ und wie sie sich gegenüber internationalen Unternehmen verhalten sollte – ein Aspekt, der von den meisten Autoren seiner Zeit sträflich vernachlässigt wurde. Eine Ausnahme bildeten lediglich die beiden kommunistischen Außenseiter A. Lozovsky und M. Rubinstein. Die Rote Gewerkschafts-Internationale machte gar den für ihre Zeit wegweisenden Vorschlag, „die Zusammenfassung der in einem Trust beschäftigten Arbeiter in verschiedenen Ländern zu beschleunigen“, der aber nie realisiert wurde.⁵²

Beschäftigte die europäische Frage die Geister?⁵³

Verharrte die Diskussion um die europäische Einigung auf den Seiten der „Sozialistischen Monatshefte“ und anderer Zeitschriften oder kam sie darüber hinaus? War sie eine Angelegenheit von Spezialisten oder fand sie Interesse in einer breiteren Öffentlichkeit? Interessierten sich die Gewerkschaftsmitglieder für die europäische Einigung? Eine völlig zufriedenstellende Antwort kann nicht gegeben werden, weil es noch zu viele Lücken in der Forschung gibt. Eine Untersuchung der sozialdemokratischen Regionalpresse und der Gewerkschaftszeitungen, nicht zu vergessen der spezialisierten Gewerkschaftspresse, könnte hier wichtige Aufschlüsse geben. Die europäische Integration wurde auf dem SPD-Parteitag 1925 und dem Kongress der Internationalen Transportarbeiterföderation 1924 in Hamburg diskutiert, aber in welchen Ausmaße war sie Gegenstand der Debatte auf Kongressen der Gewerkschaften in der Weimarer Republik? Auch wenn Gewerkschaftstage und -kongresse nur von einem sehr bestimmten Publikum besucht und die Meinungsbildung in der Weimarer Republik stark von den Vorständen beeinflusst wurde, geben sie doch ein gutes Bild ab, welche Fragen von Gewerkschaftsorganisationen als wichtig angesehen wurden und welche nicht. War Europa ein Thema von Schulungen und Bildungsveranstaltungen, etwa auf

50 Fimmen: Vereinigte Staaten Europas, S. 114 f.; zu Fimmens Buch vgl. auch Willy Buschak: Edo Fimmen. Der schöne Traum von Europa und die Globalisierung. Eine Biografie. Mit einem Vorwort von Peter Friedemann, Essen 2002, S. 115 ff.

51 Fimmen: Vereinigte Staaten, S. 122.

52 Die internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1924–1927. Bericht des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale an den 4. Kongreß, in Moskau am 15. März 1928, Moskau 1928, S. 31.

53 André Gide stellte die Frage im „Europa Almanach“ und gab zur Antwort: „Offen gestanden: die europäische Frage beschäftigt die Geister recht wenig – oder genauer: beschäftigt nur ganz wenige Geister.“ (André Gide: Europas Zukunft, in Europa Almanach. Malerei, Literatur, Musik, Architektur, Plastik, Bühne, Film, Mode. Außerdem nicht unwichtige Nebenbemerkungen. Herausgeber: Carl Einstein, Paul Westheim, Potsdam o. J., S. 33).

der gewerkschaftlichen Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main oder der Heimvolkshochschulen der Arbeiterbewegung?

Es gibt durchaus Hinweise, dass Europa mehr war als eine Angelegenheit von außenpolitischen Spezialisten. Pfingsten 1924 hielt Hermann Kranold einen Vortrag vor deutschen Jungsozialisten in Hannoversch-Münden und schlug die Bildung eines europäischen Zollvereins aus Polen, der Tschechoslowakei, Österreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg, Frankreich und der Schweiz vor, in dem die Sozialpolitik angeglichen werden müsse, um überall gleich hohe Produktionskosten zu erzielen.⁵⁴ Der Hamburger Kongress der ITF (1924) forderte die Mitgliedsorganisationen auf, sich ernsthaft „mit dem Problem der Errichtung der Vereinigten Staaten Europas“ zu befassen, um den Frieden in Europa zu erhalten.⁵⁵ Am 15. Dezember 1924 kam es in Köln zu einem überraschenden Treffen deutscher und französischer Gewerkschaftsvertreter. Thema waren die internationalen Handelsvertragsverhandlungen: die deutschen Gewerkschaften baten ihre französischen Kollegen (erfolgreich) um Hilfe, weil sie von der deutschen Regierung keinerlei Informationen über den Stand der Verhandlungen bekamen. Ebenso wichtig war das zweite Thema der Konferenz: wie sollten sich die Gewerkschaften zur Bildung eines deutsch-französischen Eisenkartells stellen (in dem Max Cohen ja die Keimzelle eines geeinten Europa sah) und wie konnten sie die Belange der Arbeiterschaft schützen? In einer gemeinsamen Erklärung betonten die Gewerkschafter, Kartelle seien eine Stufe der kapitalistischen Entwicklung, die sie weder begünstigen noch verhindern wollten, unterstrichen aber die „schweren Gefahren“ für die Arbeiterschaft und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, wenn es zu keiner Kontrolle der Preispolitik käme.⁵⁶ Engelbert Graf rief im Juli 1926 im „Metallarbeiter“ zur politischen Flurbereinigung Europas auf, um dessen Wirtschaft zu rationalisieren. Der „Deutsche Verkehrsbund“ sprach sich im Oktober 1926 für die Bildung eines wirtschaftlich und politisch geeinten Europa aus.⁵⁷

Über die Europadiskussion in der Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit ist immer noch zu wenig bekannt – wie stellten sich beispielsweise die christlichen Gewerkschaften zu ihr? Welche Haltung nahmen die „Nichtregierungsorganisationen“ ein, um einen heute gebräuchlichen Begriff zu verwenden? Die Deutsche Friedensgesellschaft, Deutsche Liga für Menschenrechte, der Verband für internationale Verständigung und eine Reihe von anderen im Deutschen Friedenskartell zusammengeschlossenen Organisationen machten am 21. Juli 1925 eine Eingabe an den Deutschen Reichstag, in der es hieß: „Es gibt für Europa nur eine Rettung: mit der Parzellierung der europäischen Wirtschaft zu brechen und ein einheitliches europäisches Wirtschaftsgebiet zu schaffen, mit anderen Worten, die Zölle innerhalb Europas niederzulegen und einen Europäischen Zollverein zu gründen.“ Gleichzeitig machte die von Ludwig Quidde unterzeichnete Eingabe aber klar: „Für die meisten von uns ist der Europäische Zollverein nur eine Vorstufe für den allgemeinen, die ganze Welt umspannen-

54 Hermann Kranold: Vereinigte Staaten von Europa, Hannover 1924.

55 Hamburger Echo, 8.8.1924.

56 Gewerkschafts-Zeitung, 27.12.1924, S. 524.

57 Metallarbeiter-Zeitung 17.7.1926; Deutscher Verkehrsbund, 16.10.1926.

den Freihandel.“⁵⁸ Diesen Überlegungen weiter nachzugehen, wäre interessant, weil die Pazifisten mit dem Finger ganz deutlich auf Absonderlichkeiten der sozialistischen Projekte zur europäischen Einigung wie die Verewigung der Kolonialherrschaft wiesen und klarer als der Kreis um die „Sozialistischen Monatshefte“ sahen, dass „Kontinentaleuropa“ den Handelsaustausch mit den USA sogar noch forcieren würde.

Noch weniger wissen wir über die Kritiker der europäischen Einigung – etwa aus dem Kreis der freiheitlichen Sozialisten, die von der Aussichtslosigkeit einer europäischen Zollunion zutiefst überzeugt waren – mit dem Argument, die Schwierigkeiten einer Währungs-umstellung würden bei weitem unterschätzt. Walther Borgius prophezeite eine katastrophale Erschütterung des Wirtschaftslebens, Max Nettlau konnte sich nicht vorstellen, dass sich Staaten freiwillig zu einem Bund zusammenfügen würden, und wenn, dann könne eine solche Zusammenballung von Staaten wie im Fall „Paneuropas“ nur zu einer Bedrohung der anderen werden.⁵⁹

Entwicklung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls

Max Cohen schrieb 1925 völlig zutreffend, entscheidend für das europäische Einigungsprojekt sei die Entwicklung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls.⁶⁰ Gemeinschaftsgefühl kann nur dann entstehen, wenn man voneinander weiß, zuverlässige Informationen übereinander hat, miteinander redet und miteinander arbeitet. Gemeinsame Aktionen sind für die Entstehung von Gemeinschaftsgefühl unabdingbar. Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Internationalen Berufssekretariate kommen sofort in den Sinn. Mir scheint aber, dass sie nur sehr bedingt in der Lage waren, ein solches Gemeinschaftsgefühl zu schaffen. Die Kongresse des IGB und der Internationalen Berufssekretariate wurden von Vorstandsmitgliedern besucht, die die feierlichen Beschlüsse meist sofort ad acta legten, sobald der Kongress vorbei war – oft auch deswegen, weil sie in der alltäglichen Arbeit ertranken. Gemeinschaftliche Aktionen kamen nur selten zustande. Der vom IGB 1920 deklarierte Boykott gegen das Horthy-Regime in Ungarn wurde nur in Österreich umgesetzt und war ein ziemlicher Misserfolg, ebenso wie der vom IGB geforderte Boykott von Munitionstransporten im russisch-polnischen Krieg 1920. Ein typisches Beispiel dafür, wie die rhetorische und die operative Ebene bzw. die Ebene der praktischen Politik auseinanderklaffen konnte, war der Britische Bergarbeiterstreik und der ihm folgende Generalstreik 1926. Trotz aller Aufforderung an seine kontinentalen Kollegen zur Solidarität traf der britische Trades Union Congress keinerlei Anstalten zur Koordination mit dem IGB oder der ITF. Beide Aktionen – der Generalstreik und die internationale Solidarität mit ihm – liefen über weite Strecken nebeneinander her. Edo Fimmen klagte vor dem Internationalen Transportarbeiter-

58 Dokumente der Friedensbewegung. Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft an den Reichstag betr. Vorbereitende Schritte für einen europäischen Zollverein. (21. VII. 1925), in: Die Friedens-Warte. Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation, September 1925, S. 282 f.

59 Walther Borgius: Der Paneuropa-Wahn, Berlin 1927.

60 Cohen: Locarno, S. 736.

kongress 1926: „Besonders schlecht (...) war die Information während der ganzen Zeit, in der die kontinentalen Transportarbeiterorganisationen im Solidaritätskampfe für die englischen Genossen standen, aus England selbst.“⁶¹

Es gibt allerdings auch andere Beispiele: die humanitären Hilfsaktionen des IGB für die Wiener Arbeiter 1920 und für die russischen Arbeiter im gleichen Jahr. Es gab den sehr erfolgreichen, von der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter erklärten Boykott von Produkten des Schweizerischen Schokoladeunternehmens PCK 1921, der das Unternehmen erfolgreich zwang, Gewerkschaftsrechte zu respektieren. Er wäre einer näheren Untersuchung wert. Auch die Frage, ob er ein Einzelfall blieb oder ob es ähnliche Aktionen, sei es der IUL, sei es anderer Berufssekretariate gab, steht noch im Raum.⁶²

Konnte sich das von Max Cohen erwähnte europäische Gemeinschaftsgefühl, konnte sich ein Netzwerk zumindest unterhalb der Vorstandsebene entwickeln? Edo Fimmen hat die Notwendigkeit deutlicher als jeder andere Gewerkschafter der Zwischenkriegszeit gesehen. Der Internationale Gewerkschaftsbund hielt in den 1920er Jahren regelmäßige Sommerschulen ab, an denen jeweils mehrere Dutzend Personen teilnahmen. An der Sommerschule 1926, die vom 18.–31. Juli in Uccle (damals noch ein teilweise ländlicher Vorort von Brüssel) stattfand, nahmen zum Beispiel 40 Gewerkschafter aus England, den Niederlanden, der Tschechoslowakei, Österreich, Spanien und Deutschland teil, wobei die deutschen Teilnehmer auf eigene Kosten während ihres Urlaubs anreisten, während die übrigen die Reisekosten von ihren Gewerkschaftsorganisationen erstattet bekamen. Der Lehrgang bestand aus Vorträgen über die soziale und wirtschaftliche Geschichte Belgiens, die Lage der Arbeiterschaft und die Geschichte der Gewerkschaften, die von Spitzenpolitikern der Arbeiterpartei und der CSB, Louis de Brouckère und Cornelius Mertens, gehalten wurden. Darüber hinaus gab es Vorträge über den britischen Bergarbeiterstreik, das Kolonialproblem und die Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei. Mangelnde Sprachkenntnisse machten sich aber immer wieder störend bemerkbar. Die Teilnehmer waren etwa auf Übersetzer angewiesen, die sich nicht immer in der Terminologie der Arbeiterbewegung auskannten.⁶³

Am 22. März 1925 gab es in Singen am Hohentwiel ein deutsch-schweizerisches Grenztreffen für Maler und Lackierer. Die Initiative ging vom Deutschen Malerverband und vom Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband aus. Man geht aber nicht fehl, wenn man annimmt, dass die Schweizer die treibende Kraft hinter dem Treffen waren, ging es doch um Lohnrückerei und soziales Dumping – von deutschen Arbeitern in der Schweiz praktiziert. Deutsche Maler ließen sich oft zu Löhnen anwerben, die unter dem Schweizer Kollektivvertrag lagen. Man diskutierte über die Einreisebestimmungen in die Schweiz, kam aber zu

61 Bericht über den internationalen Transportarbeiterkongress 1926, Amsterdam 1927, S. 34.

62 Willy Buschak: Der Baron auf den Bäumen: Edo Fimmen und die Globalisierungsdebatte in den zwanziger Jahren, in: Bert Becker/Horst Lademacher: Geist und Gestalt im historischen Wandel. Facetten deutscher und europäischer Geschichte 1789–1989. Festschrift für Siegfried Bahne, Münster/New York/München u. a. 2000, S. 271 f.

63 Fritz Bieligg: Sommerschule 1926 des IGB, in: Gewerkschaftsarchiv 1926, S. 139–142.

keiner anderen Lösung, als die Verbandsleitungen zu beauftragen, den Übertritt von einem Verband zum anderen und die damit verbundenen Unterstützungsfragen zu prüfen.⁶⁴

Schließlich trafen sich 4.000 deutsche, 5.000 holländische und 10.000 belgische Gewerkschafter am 2. August 1932 in Lüttich und demonstrierten für Abrüstung in Europa.⁶⁵ Über solche und andere grenzüberschreitende Treffen und Aktionen ist immer noch zu wenig bekannt. Ein genaueres Studium der Regionalpresse müsste eigentlich Aufschlüsse über die eventuelle transnationale Kooperation auf regionaler Ebene vermitteln können.

Forschungsperspektiven

Der schon mehrfach erwähnte Franz Josef Furtwängler schrieb in den 1950er Jahren: „In Arbeiterversammlungen kann man Männer, die die Mitte der Fünfzig hinter sich haben, zu Tränen rühren, wenn man sie an die souveräne Herrlichkeit der deutschen Handwerksburschen vor 1914 erinnert, die Belgien, Frankreich, Italien, die Schweiz und Österreich-Ungarn ohne Pass durchwanderten.“⁶⁶ Noch vor Beginn des Weltkrieges gab es fast 30.000 deutsche Arbeiter in Paris. Mit dem Ersten Weltkrieg kam die souveräne Herrlichkeit der deutschen Handwerksburschen zu einem jähen Ende. Wie sah die Mobilität nach Kriegsende aus? Fand sie einfach ein Ende, oder gab es zumindest auf interregionaler Ebene weiterhin einen Austausch von Arbeitskräften, worauf das oben erwähnte Beispiel der Beschäftigung deutscher Maler in der Schweiz hindeutet?

Es wäre übertrieben, zu sagen, dass der deutsche Handwerksbursche als Tourist wiederkam. Aber ein Kern Wahrheit steckt doch in der Aussage. Die Feriengesellschaften des ADGB offerierten Touren ins europäische Ausland. Die Berliner Freien Gewerkschaften zum Beispiel boten ihren Mitgliedern Reisen nach Nordfrankreich und an die Adria an.⁶⁷ Arbeiterferienreisen des Jahres 1929 gingen u. a. nach Athen, Konstantinopel, Smyrna, nach Triest und Venedig, Stockholm und Helsingfors, nach Lugano und Locarno, Lyon, Marseille.⁶⁸ Das touristische Interesse fand seinen Niederschlag in der Literatur. Anna Siemsen veröffentlichte ihre „unliterarischen Streifzüge“ mit dem kennzeichnenden Titel „Daheim in Europa“.⁶⁹ Der Dortmunder Schriftsteller Erich Grisar reiste „mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa“.⁷⁰ Das so vermittelte Europabild zu untersuchen, wäre eine lohnende Aufgabe.

64 Gewerkschafts-Zeitung 18.4.1929, S. 224.

65 Gewerkschafts-Zeitung, 12.9.1931, S. 590.

66 Franz Josef Furtwängler: Der rote Weizen. Undatiertes Manuskript. Nachlass Furtwängler, AdSD Bonn, Box 1.

67 Aufwärts. Organ der freien Gewerkschaften Berlins 14 (1930) und 36 (1930).

68 Arbeiter-Ferienreisen 1929, in: Kulturwille. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft 5 (1929), S. 112.

69 Anna Siemsen: Daheim in Europa. Unliterarische Streifzüge, Jena 1928.

70 Erich Grisar: Mit Kamera und Schreibmaschine durch Europa. Bilder und Berichte von Erich Grisar, Berlin 1932.

Schließlich darf die Frage nach „Paneuropa“ nicht fehlen. Die vom Grafen Coudenhove-Kalergi inspirierte Paneuropa-Bewegung ist in der öffentlichen Wahrnehmung der 1950er Jahre zur Europabewegung der Zwischenkriegszeit schlechthin, zu dem Vorläufer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geworden. Die hier geschilderten Konzepte eines europäischen Einigungsprojektes sind unabhängig von der Paneuropabewegung Coudenhove-Kalergis entstanden und sind teils älter als seine Bewegung. Auch die genaueren Beziehungen zwischen der Paneuropa-Union Coudenhoves und den Gewerkschaften harren noch der Aufklärung. Das gilt für Deutschland, aber auch die anderen Länder. Der Bundesvorstand des ADGB lehnte Ende 1926 den korporativen Beitritt zur Paneuropa-Union ab.⁷¹ Aber zumindest Wladimir Woytinski hatte Beziehungen zur Paneuropa-Union. Er nahm an der Berliner Sitzung des Zentralrates der Union vom 20. Juni 1927 teil – war zu dem Zeitpunkt freilich noch nicht Angestellter des ADGB – und publizierte gelegentlich in deren Zeitschrift.⁷²

Abschließend sei bemerkt, dass es frappierende Ähnlichkeiten zwischen dem heutigen und dem damaligen Diskurs über Europa gibt. Die Eurosklerose war nach Ende des Ersten Weltkrieges in aller Munde und war es zu Ende des 20. Jahrhunderts nicht minder. Die Vergleiche zwischen den Vereinigten Staaten und Europa gleichen sich bisweilen aufs Haar. Und selbst einige Rezepte zur Dynamisierung Europas findet man schon in den 1920er Jahren. So hat die Europäische Kommission 2006 zum Jahr der Mobilität erklärt, weil in der mangelnden Mobilität der Beschäftigten einer der Gründe für das größere wirtschaftliche Wachstum in den USA gesehen wurde. Die gleiche Erklärung fand man schon in den 1920er Jahren. Ein wissenschaftlicher Vergleich der Europadiskurse damals und heute wäre ein reizvolles Unternehmen.

71 Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise, S. 723, Anm. 3.

72 Anita Ziegerhofer-Pretenthaler: Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren. Wien/Köln/Weimar 2004, S. 281, ihr entging allerdings, wer Woytinski war. Sie stellt ihn als „polnischen Wirtschaftsexperten“ vor, er lebte aber seit 1922 in Deutschland und leitete seit dem 1.11.1928 die statistische Abteilung des ADGB. In „Pan-Europa“ Nr. 5 vom Mai–Juni 1928 veröffentlichte er einen Aufsatz „Der Kriegstribut Europas“ (S. 7–30). Max Cohen war Vorstandsmitglied der deutschen Paneuropa-Union.